

Joachim Schuster

Ihr Europaabgeordneter



Bericht aus Brüssel

30.6.2016

Brexit - Eine Zäsur für Europa

Am Freitagmorgen stand das Ergebnis fest. 52 Prozent der britischen Bevölkerung haben für einen Austritt Großbritanniens aus der EU gestimmt. Ob dieses Ergebnis einem passt oder nicht: Es ist zu akzeptieren. Die britische Regierung ist nun aufgefordert, möglichst rasch das Austrittsgesuch einzureichen. Dann beginnt eine Verhandlungsphase über die konkreten Modalitäten. Die EU ist gut beraten, diese Verhandlungen mit kühlem Kopf zu führen. Natürlich darf es keine „Belohnungen“ für die Briten geben, allein schon um Nachahmer abzuhalten. Aber der EU sollte immer auch bewusst sein, dass wir auch in Zukunft enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Großbritannien brauchen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Zudem sollte die EU auch in Ruhe reflektieren, weswegen ihr die Mehrheit der Briten den Rücken kehren wollen. Nationalistische Parolen, zum Teil gepaart mit Lügen, kommen auch in anderen Mitgliedstaaten bei Teilen der Bevölkerung gut an. Und es gibt auch andere Staaten, in denen politische Kräfte mit einem Austritt oder zumindest mit einer größeren Distanz zu Europa liebäugeln. Wir müssen auch reflektieren, weswegen es der EU bei zentralen politischen Problemstellungen nicht gelingt, europäische Lösungen zu finden. Etwa bei der Flüchtlingsfrage oder bei der unerträglich hohen Jugendarbeitslosigkeit, die in Südeuropa skandalöse Höhen von 40 bis 60 Prozent erreicht hat.

Das Projekt Europa ist für unseren Kontinent unverzichtbar, weil wir die anstehenden Herausforderungen nur gemeinsam und nicht allein national bewältigen können. Es ist aber für die Bevölkerungen keine Selbstverständlichkeit. Deshalb kommt es in den nächsten Monaten darauf an, nicht nur den Austritt von Großbritannien zu managen, sondern auch einen überzeugenden Neustart für die EU zu konzipieren, der die Bevölkerung wieder für Europa begeistern kann.

Meine politischen News auf Facebook anklicken:



Podiumsdiskussion zum Ukraine-Konflikt

Die Bremen International Graduate School of Social Sciences veranstaltet am **1. Juli um 16.30 Uhr** in der Stadtwaage, Langenstraße 13, eine öffentliche Diskussionsrunde zum Ukraine-Konflikt, an der ich als Podiumsgast teilnehmen und über meine politische Arbeit berichten werde. Am gleichen Tag feiert das Jean Monnet Centre for European Studies der Universität Bremen sein 15-jähriges Bestehen. Hier spreche ich als Gastredner über die Zukunft der EU-Handelspolitik.

Kontakt

Abgeordnetenbüro Bremen, Obernstraße 39-43, 28195 Bremen

E-Mail: info@joachim-schuster.eu; Web: www.joachim-schuster.eu

Junckers Durchpeitschen von CETA stoppen

Ende Juni hat die Bremer SPD einen von mir vorbereiteten Antrag zum geplanten Handelsabkommen mit Kanada (CETA) verabschiedet. Darin halten wir fest: Eine Zustimmung zu dem jetzigen Entwurf des Abkommens darf es nicht geben. Die Verpflichtung zur Durchsetzung grundlegender Arbeitsstandards ist nicht ausreichend geregelt. Der Vertragstext sieht nicht vor, dass nur Richter bei Investitionsstreitigkeiten richten dürfen. Und die Daseinsvorsorge ist nicht sicher von Liberalisierungszwängen ausgenommen.

Gleichzeitig sagt der Beschluss eindeutig aus, dass CETA ein gemischtes Abkommen ist. Das heißt, nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch die Parlamente in den Mitgliedstaaten müssen mit dem Text befasst werden. Wenn EU-Kommissionspräsident Juncker letzteres jetzt verhindern will, müssen wir ihn politisch stoppen. Für diese Positionen werde ich mich auf den SPD-Konvent im September einsetzen.



Wichtige Einblicke bei Parlamentarier-Reise nach Namibia

Anfang Juni habe ich in Namibia am 31. Treffen von Parlamentariern aus Europa sowie den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten teilgenommen, das dem regelmäßigen Austausch dient. Ich habe viele aufschlussreiche Gespräche geführt - gerade in Hinblick auf meine Zuständigkeit für das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) im EU-Handelsausschuss. Die möglichen Auswirkungen des Abkommens werden auf der parlamentarischen Seite in Afrika eher kritisch gesehen. Einige der Haushalte der beteiligten Staaten sind in hohem Maße von den bisherigen Zoll-Einnahmen abhängig. Es ist unklar, ob im Gegenzug der zollfreie Marktzugang in die Europäische Union die Verluste kompensieren kann.

Für mich haben die Gespräche in Namibia erneut gezeigt, dass dem Abkommen zivilgesellschaftlicher Einfluss fehlt. Nach aktuellem Stand wird die Implementierung des Abkommens lediglich von Ministern und Beamten der EU-Kommission und der afrikanischen Staaten überwacht. Wichtig ist aber, Parlamentarier und vor allem die Interessen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte verbindlich in den Implementierungsprozess einzubeziehen. Nur so ist zu gewährleisten, dass möglicherweise negative Auswirkungen der Abkommen frühzeitig erkannt werden, um in diesem Fall die vereinbarten Schutzmechanismen zu aktivieren.

EU-Stammtisch und Bürgerfrühstück in Tenever

Zwei neue Veranstaltungsformate habe ich im Juni erprobt und beide waren ein Erfolg. Zu meinem ersten Europa-Stammtisch im Bremer Presseclub konnte ich 40 Gäste begrüßen, die mit großem Engagement mit mir aktuelle Europathemen diskutierten. Das gilt auch für mein Bürgerfrühstück im Café Gabriely des Mütterzentrums Tenever. Hier haben wir bereits eine Neuauflage vereinbart.

